

Das Volkblatt
erscheint jeden Freitag
nachmittags. Der monatliche
Bezugspreis
betragt 70 Pf. frei im Hause.
Durch die Post geschickt
70 Pf. ohne Versicherung.
Mk. 2,10 ohne Postgebühren.

Die Neue Welt
einwöchentlich erscheinendes
Unterhaltungs-Blatt
kostet monatlich 10 Pf.

Schriftleitung:
No. 44/44, Fernsprecher 988
Sprechstunde: nachmittags von
12-1 Uhr mittags.



Hauptgeschäftsstelle:
No. 44/44, Fernsprecher 1047
Geschäftsverwalter: Hermann
Lohmann, 7 Uhr morgens
bis 7 Uhr abends.

Anzeigen
Die erste Anzeigen-
spalte kostet 10 Pf. für
eine Woche. Die zweite
Spalte kostet 8 Pf. für
eine Woche. Die dritte
Spalte kostet 6 Pf. für
eine Woche. Die vierte
Spalte kostet 4 Pf. für
eine Woche. Die fünfte
Spalte kostet 3 Pf. für
eine Woche. Die sechste
Spalte kostet 2 Pf. für
eine Woche. Die siebte
Spalte kostet 1 Pf. für
eine Woche. Die achte
Spalte kostet 1 Pf. für
eine Woche. Die neunte
Spalte kostet 1 Pf. für
eine Woche. Die zehnte
Spalte kostet 1 Pf. für
eine Woche.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 22. März 1916. (W. T. S.)

Östlicher Kriegsschauplatz

Bei dem Angriff vom 20. März nordöstlich von Awoourt folgenden Auftrümmen des Kampfes und der Wegnahme weiterer feindlicher Graben außerhalb des Waldgeländes ist die Zahl der dort eingegrabenen unermüdeten Gefangenen auf 58 Offiziere, 214 Mann gestiegen. Die Artilleriekämpfe beiderseits der Wand dauerten bei nur vorübergehender Abflchwandigung mit Heftigkeit fort. — Bei Oberseyl haben die Franzosen nochmals versucht, die Schanze vom 13. Februar wieder auszugleichen. Mit beträchtlichen Verlusten wurde der Angriff zurückgeschlagen.

Drei feindliche Flugzeuge wurden nördlich von Verdun im Südwesten von Semoigny hinter unserer Front, das dritte nördlich von Jonsel bei den feindlichen Wäldern zum Absturz. Leutnant Völke hat damit sein 18., Leutnant Parthau sein 4. feindliches Flugzeug abgeschossen.

Östlicher Kriegsschauplatz

Die großen Angriffsanordnungen der Russen haben an Ausdehnung noch zugenommen. Die Angriffsfronten sind zahlreicher geworden. Die Vorbereitungen sind vielfach in verschiedenen Stufen ununterbrochen Tag und Nacht. Der nächste Ansturm galt wieder der Front nordwestlich von Postawa. Hier erreichten die feindlichen Verluste eine sehr hohe russischen Masseneinlage ganz außerordentlich Höhe. Bei einem erfolgreichsten Gegenstoß an einer kleinen Einbruchsstelle wurden 11 russische Offiziere und 573 Mann gefangen genommen. Aber auch bei vielen anderen Kämpfen — nämlich und nördlich von Riga, bei Friedrichsbau, westlich und südwestlich von Zakhobsk, südlich von Düaahurg, nördlich von Witsch, zwischen Karocis und Wisniew-See — wiesen unsere tapferen Truppen den Feind unter den größten Verlusten für ihn glatt zurück und nahmen ihm bei Waganan gelang noch über 600 Gefangene ab. In seiner Stellung gelang es den Russen, irgendwelchen Erfolg zu erringen. Die eigenen Verluste sind durchweg gering.

Bericht des österreichischen Generalstabes.

Wien, 21. März. Russischer Kriegsschauplatz. Die Westfront ist stellenweise erhöht, namentlich bei der Armee Planzer-Baltin.

Italienischer Kriegsschauplatz

Die Lage ist im Allgemeinen unverändert. Feindliche Angriffe auf die von uns genannten Stellungen an Monton und Mergli Bach wurden abgewiesen. Am Monbon brachte eine neuerliche Unternehmung 81 gefangene Italiener ein.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Unsere Krieger erschienen nachst über Mora (Malona) und demarken den Osten und die Truppenlage erfolgreich mit Bomben. Sie schritten trotz heftiger Beschussung unversehrt weiter. Lage in Montenegro und Albanien unverändert ruhig.

Waffen-Flugzeugangriff auf Zebrügge.

Bomben, 21. März. Die Admiralität macht bekannt: Heute morgen griffen 50 britische, französische und belgische Flugzeuge, begleitet von 15 Kampfflugzeugen, die deutsche Wasserflugstation Zebrügge, bei dem Flugplatz Suckade an. Es scheint beträchtliche Schäden angerichtet worden zu sein. Jedes der Flugzeuge führte für 200 Pfund Bomben mit sich, alle sind wohlbehalten zu rückgekehrt; ein belgischer Offizier ist ernstlich verwundet.

Britische U-Boote in der Nordsee. Christiania, 21. März. Am 10. Februar hat ein britisches U-Bootboot nahe Reflexö auf norwegischem Geesterritorium mehrere Schiffe angrufen. Auf die Weisung der norwegischen Regierung hat das britische U-Bootboot fünf Boote an Bord verschossen und dabei erklärt, daß die U-Bootboote Recht erhalten hätten, bei der Durchfahrt durch norwegische Gewässer nur an der Oberfläche mit gehobter Nationalflagge zu fahren.

Der der Nordsee. Korvettenkapitän Graf Dohna sprach sich über den Vortag der Wöbe einem Berliner Pressekorrespondenten gegenüber ausführlich aus und bezeichnete es als ein besonders wichtiges Moment, als die deutschen Kriegsschiffe an Bord der Appam befreit wurden, die ihren Anker im Nordsee vor den Schären südlich geöffnet wurden und nun sie an Bord führte. Der letzte Teil der Reise sei unter dem Schutz der deutschen Flotte zurückgelegt worden. Unvergesslich sei auch, wie dabei Schiff an Schiff mit drei Kurzen an der Wöbe vorbeidampfte. Wie und wo die Wöbe heimkam, werde vorläufig Geheimnis bestehen.

Rumänien.

Nach Meldungen aus Bukarest hätten die Bukarester Gesandten der vier Verbündeten dem Ministerpräsidenten Bratianu vor drei Tagen eine Note überreicht, in der sie die Abweisung des rumänischen Heeres forderten. Bratianu hätte die Note nicht angenommen, nach einer Mitteilung der rumänischen Ministerpräsident Bratianu zu einem führenden Mitglieder der konservativen Opposition, daß er auch jetzt den Augenblick, in dem Rumänien seine Haltung ändern könnte, nicht für gekommen erachte. Die Heu-

tralität Rumäniens unterliege keinem unfeindlichen Schwanken, sondern sei durch gründliche Erwägung und Ueberlegung bestimmt.

Die Verfolgung Willas durch amerikanische Kruppen dürfte verschiedentlich wirtschaftliche Störungen in Mexiko zur Folge haben. Es wird aus Nogales (Arizona) berichtet, daß zahlreiche amerikanische Exportwaren in dem mexikanischen Staat Coahuila ihren Vertrieb vorläufig einstellen aus Reformen etwaiser Feindseligkeiten der Eingeborenen wegen der Verfolgung Willas durch die Vereinigten Staaten.

Zur Kriegslage.

Vor Verdun haben deutsche Kruppen in einem neuen Sturmangriff den Franzosen wieder eine Anzahl wichtiger Fort annehmbarer Stellungen entzogen und dabei eine erhebliche Anzahl Gefangener gemacht. Awoourt, in welcher Richtung der Vorstoß erfolgte, liegt an der Straße Chateaucourt-Esnes-Barennes, knapp fünf Kilometer westlich von Esnes und 4 1/2 Kilometer südwestlich von Awoourt. Zwischen Awoourt und Awoourt befindet sich ein großer Wald. Durch diesen Wald sind die Deutschen vorgerückt. Sie nähern sich dadurch der Höhe (307 Meter), die westlich dieses Waldes und östlich der Straße Awoourt-Montheville liegt, und der Stellung der Franzosen bei Béchincourt, die unmittelbar die Umfassung. — Die französische Presse glaubt, daß die Deutschen die Front bei Awoourt nicht überwinden werden; ein Erfolg dort sei aber nicht unmöglich, wie anderwärts.

Die russische Offensive bei Dinaburg hat sich auch auf die deutsche Front nordwestlich von Postawa und zwischen Karocis und Wisniew-See ausgebreitet. Erfolgreich haben die Russen die jetzt nicht, als daß die deutsche Front an einem vorliegenden Punkte um einige hundert Meter zurückgenommen wurde. Wie der Kriegsberichterstatter M. Wrangal annimmt, seien noch Steigerungen der russischen Angriffe zu erwarten. Das Einrücken neuer Kräfte scheint bevorzustehen, so daß eine weitere bedeutende Entfaltung der Offensive mit großem Einsetzen zu erwarten sei.

Zum Vorstoß

Wie behaupten uns mit der Wiederkehr des folgenden. Zu den Anträgen der Konventionen und eines Teiles der Nationalliberalen lag die fortwährende Sicherer Korrespondenz:

„Es kann auch gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Anträge als eine Art Mittelmaßensystem gegen die Regierung aufgestellt werden sollen, und da die Regierung mit der Seeresleitung offenbar zusammen steht, so liegt in den Anträgen indirekt auch eine Kritik der Seeresleitung und ein Eingriff in die Souveränität. Dieser Zusammenhang, der nur mit Selbstinteresse hinübergeleitet werden kann, ist auch von konservativen Regierungskreisen mit Nachdruck hervorgehoben worden. Solche direkten oder indirekten Kritiken aber sind in der Kriegszeit, die nun einmal die vertrauensvolle Stellung zu den Mannschaften, die durch das Gedächtnis und die Verantwortung tragen, entstehen von Hebel und wären allenfalls nur dann berechtigt, wenn klar und unabweidlich schuldhaft Fehler der Regierung vorlägen. Davon kann aber um so weniger eine Rede sein, als unmöglich alle Jaden ihrer Politik von der Regierung bloßgelegt werden können, als sie nicht alle die treffenden Kräfte zu erfüllen vermag. Die von Gana ihrer Maßnahmen bestimmen. Die Fortführung der Anträge in der Vollziehung des Reichstages ist durchaus unerkennbar; sie würde ein falsches Bild von den Stimmungen und Strömungen innerhalb des deutschen Volkes geben, um so mehr als über die militärischen Dinge, die hinter alle diese Fragen stehen, in der Öffentlichkeit noch nicht gesprochen werden kann.“

Vermutlich wird es auch so kommen, daß der Haushaltsausgleich zuerst den Etat des Auswärtigen Amtes vornimmt, bei welcher Gelegenheit die Anträge noch einmal formell im Ausschuss eingebracht und dann dort mit erledigt werden können.

In welchen Mitteln die konventionell-nationalliberale Fronde greift, das schildert das Berliner Tageblatt in folgenden Sätzen:

„Von den verschiedensten Seiten gehen uns Mitteilungen über eine Agitation zu, die von den Gegnern der Regierung eine gegenwärtig betreiben wird. Man bemüht sich, mit Aufheben und Verwirrungen die Namen unter-kräften in großen Massen einzusammeln, und so eine gewaltige „Ausbeugung“ für einen verächtlichen Unterseebotskrieg, die natürlich in Wahrheit eine Misstrauensunternehmung für die Regierung sein soll, zu inszenieren. Es ist uns bekannt geworden, daß ein Antrag hierher, zur Unterbrechung der konventionell-nationalliberalen Anträge, auch an die Reichskollegien verfaßt worden ist. Ferner haben und zahlreiche Personen mitgeteilt, daß man sie, auf verschiedenartigen Wegen, um ihre Unterschrift erlucht habe. Unter den Auftritten der unter einem Teil davon, scheint der Name des Herrn B. B. zu stehen. Die Rede ist nicht, was, daß in den Parlamentarischen Wahlkreisen in Pommern, und also vermutlich auch in anderen Teilen, Keller von Tisch zu Tisch gehen und den Gästen Petitionskisten zur Namensangelegenheiten vorlegen. Es handelt sich hier um einen großen Unfug, und zwar um einen, der alles B. B. betrifft, was man für möglich gehalten hätte. Doch selbst mehrere Millionen Unterschriften von Werten, die über die sehr schwierigen technischen, militärischen und politischen Grundlagen der betreffenden Frage gänzlich uninformiert sind, nicht den mindesten Wert haben und nicht den mindesten Eindruck machen könnten, ist klar!“

Berlin, 22. März. Die gesamte rechtsstehende Presse, die Ztg. Anhalt, die Post, die Neuesten Nachrichten,

die Deutsche Tageszeitung und die Kreuzzeitung bringen an leitender Stelle gleichlautende Erklärungen, dahingehend, daß nach ihrer Ueberzeugung es ein bringendes Gebot der Stunde sei, der Herr den Boden völlig zu entscheiden, daß der Rücktritt von Tirpitz mit seiner Salbung in der Unterseebootsfrage und mit seiner Entlassung in der Zusammenkunft mit dem englischen Premierminister gegen den trübseligen deutschen Weltbewerber mit rückwärtsiger Anwendung aller uns zur Verfügung stehenden Mittel zu beugen.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Berlin, 22. März. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß laut Vorwärts folgenden Antrag zur Unterseebootsfrage einzubringen:

Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu übermitteln: Der Reichstag fordert die Erwartung aus, daß bei den Verhandlungen über die Anwendung der Unterseebootsfrage nicht nur die Interessen der Staaten im Spiel seien und eine unantastbare Bestätigung und Erweiterung des Krieges bemerkt könnte. Der Reichstag erwartet vielmehr, daß die Regierung alles tun wird, um einen baldigen Frieden herbeizuführen, der die Unverletzlichkeit des Meeres, seine politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwidlungsfreiheit sicherstellt.

Die Behandlung der Anträge im Reichstag.

Der Abgeordnete G. H. e. in unterlegt im Berliner Tageblatt die Frage, wie die Anträge des Herrn Reichskanzler und Spahn über die Führung des Unterseebootskrieges geschäftsordnungsmäßig im Reichstage zu behandeln sind. Man nahm an, daß die Anträge der Budgetkommission überwiegen und dort behandelt werden, da vermuthlich Bedenken bestehen, diese Frage in aller Öffentlichkeit zu erörtern. Nun heißt G. H. e. nach, daß Anträge zum Etat, und als Etat-Resolutionen haben die Anträge zu gelten, nicht vor Beendigung der ersten Lesung eingebracht und demnach auch nicht der Budgetkommission überwiegen werden können. Solche Etat-Resolutionen sind nur anlässlich für die zweite Lesung des Etats. Allerdings könnten die Anträge auch als sogenannte Initiativanträge, und als solche, die nicht bestimmt, die Initiative zu begeben, eingebracht werden. Aber dann befände er recht keine Aussicht, je gelegentlich der Etatsberatung zu behandeln. Gothein meint, es dürfte angenommen werden, daß die Herren Spahn und G. H. e. sich sehen aus bemußt gewesen sind, und ihren Melodistensantrag nur deshalb eingebracht haben, um nach außen eine Opposition gegen den nationalliberalen und den konservativen Antrag zu unternehmen. Wahrscheinlich dürfen sich Melodistensantrag und Geschäftsordnungskommission mit dieser schwierigen Frage noch beschäftigen.

Die übrigen die Parteipolitische Korrespondenz berichtet, beschäftigt auch die Parteipolitische Korrespondenz Partei mit einem Antrag in Bezug auf den Unterseebootskrieg bezugnehmend, und zwar mit einem dem Zentrumskongress ähnlichen oder mit einer „Erklärung“ dieses Antrages.

In die Budgetkommission — abgeschoben!

Berlin, 22. März. (W. T. S.) Im Reichstag erklärte heute der Präsident der Sitzung, daß die Anträge der Unterseebootsfrage bis auf weiteres bei der ersten Lesung des Etats als abgeschoben werde. Die Beratung dieser Frage werde einsehend in den Sitzungen der Budgetkommission erfolgen, die in den ersten Tagen der nächsten Woche zusammenzutreten und gerade diese Frage in Beratung nehmen werde.

Antimilitaristischer Kongreß.

Stockholm, 21. März. (W. T. S.) Ein antimilitaristischer Kongreß wurde seitens der Jungsozialisten im Widerspruch mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei in den letzten Tagen hier abgehalten. Drei Teilnehmer, u. a. der Abgeordnete Söglund, wurden gefangen wegen Auflockerung zum Angehörigen gegen die Behörden angeklagt.

Was man jetzt verpicht.

Im heftigen Landtage machte der Abg. Genosse H. K. eine Bemerkung über die „Reue“ in der Reichsregierung, die der Minister, mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten sich dazu nicht erheben dürfen zu können. Eine ungleiche Behandlung der politischen Parteien ist aber ausgeschlossen. Die Haltung der Sozialdemokratie, besonders auch in dessen, in der Zeit des Krieges ist an zu erkennen. Unter dieser Voraussetzung, daß die Regierung nicht auf die Regierung fort, in Zukunft Sozialdemokratie nicht mehr in die Gemeindegüter zu befragen. Abg. Dr. Mann erklärte für die nationalliberale Fraktion: Infolge der parlamentarischen Haltung der Sozialdemokratie habe auch seine Fraktion nicht mehr auf dem Standpunkte der Nichtbeziehung der Sozialdemokraten in die Gemeindegüter. Die nationalliberale Partei hat bekanntlich früher die Regierung zu ihrer Stellungnahme gegen die Sozialdemokraten gedrängt.

Freudentag und Generalkommando.

Am Bericht des 13. Armeekorps hat der Kommandierende folgende Befehl erlassen:

„Für den mit unterstellten Hauptbataillon und Einvernehmen dem Gouverneur auch für den Wehrbereich der Stellung Mainz — bezieht sich für den Monat März alle Verhältnisse, in denen Frauen der Erwerbsarbeit und der Staatsbürgerrechte der Frauen befristet und Vorträge über Parteipolitik und Arbeitervereine gehalten werden sollen. Der Kommandierende General schreibt v. Gall, General der Infanterie.“

Die Steuerzuschläge in Preußen.

Preussisches Abgeordnetenhause.

31. Sitzung, Dienstag, den 21. März, vormittags 11 Uhr.

Zunächst wird das Referat über die zweite Beratung auf Antrag des Abg. Dr. v. Kalsch (lon.) einbl. einfühmend angenommen.

Erhöhung der Steuerzuschläge.

Es werden danach die Steuerzuschläge für Einkommen über 2400 M. und bei der Ergänzungsteuer nur Beiträge erhöht, die von 8 Prozent bis 100 Prozent bei der Einkommensteuer steigen und bei der Ergänzungsteuer 50 Pfr. zu entrichtenden Steuern ausmachen. Die Kommission hat die Stellung dieses Gesetzes auf ein Jahr beschränkt.

Die Kommission beantragt ferner folgende Resolution: 1. Freilassung von Altrentnern von über 3/2 Prozent, 2. die Regierung soll im Bundesrate dahin wirken, daß das Reich jeden weiteren Eingriff auf dem Gebiete der direkten Steuern und Vermehrer und so den Bundesstaaten die Möglichkeit, ihre Autonomie zu erhalten, ungehindert erhalten bleibt, 3. Verrückung der hauptamtlichen Veranlagungs-Kommissionen in Veranlagungsbezirken mit weniger einfachen Verhältnissen, 4. Vorlegung einer Reform des Kommunalabgabengesetzes gleich nach dem Kriege.

Eine Resolution Dr. v. Rieberg (nat.) erlucht die Regierung im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß durch Reichsgesetze eine solche Reform am ehesten in Preußen und den Einzelstaaten in Beziehung auf Steuern und Abgaben erfolgt.

Die Abg. v. Risch (Centr.) wünschten Ausbau des Kinderprivilegs bei der kommenden Steuerreform.

Die sozialdemokratischen Anträge.

Die Abg. Braun (Soz.) u. Gen. beantragen, die Einkommen bis 6500 Mark in diesem Gesetze frei zu lassen und wünschen eine Erhöhung der Steuerzuschläge bei der Einkommensteuer für die Mittelschichten bis auf 180 Prozent, für die sonstigen Steuerpflichtigen auf 125 Prozent und bei der Ergänzungsteuer auf 75 Prozent für die entrichtenden Steuern.

Ferner beantragen die Sozialdemokraten eine Resolution, bei der Neueinführung des Einkommensteuergesetzes darauf Bedacht zu nehmen, daß:

1. die Grenze des steuerfreien Einkommens heraufgerückt,

2. der so entstehende Einnahmeausfall durch eine stärkere Heranziehung der Einkommen über 100 000 Mark wettgemacht,

3. die Selbstverpflichtung für alle Steuerpflichtigen festgesetzt wird.

Abg. v. Kalsch (lon.): Wir stimmen den Kommissionsbeschlüssen zu. Die Sozialdemokraten wollen alle Kriegsteilnehmer im Reich durch direkte Besteuerung aufbringen; sie verlangen, daß eine so weit getriebene direkte Besteuerung die Bildung von Kapital verhindert, damit die Industrie lahmgelegt und so die Arbeiter am meisten leidet. Diesen Standpunkt hat auch

der Sozialdemokrat Sals

vertreten. (Hört, hört rechts.) Es fragt sich, ob mit dem uns vorliegenden Steuergesetz in Verbindung mit den direkten Steuern der Kommunen die Grenze bei deren Ueberschreitung die Kapitalbildung verhindert wird, nicht schon erreicht ist. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Zimmer (Centr.): Der Antrag Braun, die Einkommen bis 6500 M. freizulassen von der Erhöhung, geht, uns zu weit und ebenso die Erhöhung der Zuschläge auf über 100 Prozent. — Das Kinderprivileg hätte viel weiter ausgebaut werden sollen, darauf müßten wir gerade bei der jetzigen Teuerung den Hauptwert legen. Das ist auch ein Mittel, um dem Geburtenrückgang zu steuern. Erwerbslose, die durch die Erhöhung des Reichssteuerzuschlags eine weitere direkte Besteuerung durch das Reich für ausgeschlossen erklärt. Die Ansätze Braun lehnen wir als zu weitgehend ab.

Abg. Dr. v. Rieberg (nat.): Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse, in denen wir leben, werden auch meine Freunde der Vorlage zustimmen. Allerdings geht die Besteuerung reichlich weit. Besonders die Mittelschichten werden davon schwer betroffen.

Finanzminister Dr. v. Saxe: Die Frage der besonderen Veranlagungskommissionen war während des Krieges nicht zu lösen. Die Begrenzung des Gesetzes auf ein Jahr halte ich nach wie vor nicht für richtig, denn die kommenden Jahre werden nicht ohne mit Fehlbedingen abgehen, und es ist nicht angemessen, jedes Jahr mit neuen Steuererhöhungen zu kommen. Die Annahme des sozialdemokratischen Antrags würden 90 700 Steuerpflichtige von der Steuererbahnung berührt. Durch das Gesetz werden schon 84 Prozent freigelassen. Aber das genügt natürlich den Herren nicht. Ich bin überzeugt, daß Gesetz hätte formuliert werden können wie es sollte, es wäre doch durch einen Antrag der Sozialdemokraten übertrieben worden. Ich bin überzeugt, daß die Herren auch bei einem solchen Gesetz wieder mit weitergehenden Anträgen kommen. Die Erhöhung der Zuschläge muß eine gewisse Grenze finden, wenn die Steuer nicht als Erdbelastung wirken soll. Das wäre der Fall, wenn man, wie es bei andere Antrag Braun mit, noch über 100 Prozent Zuschlag hinausgehen wollte. Also das Gesetz ist ein Provisorium. Hoffentlich gelingt es nach dem Kriege, ein Gesetz zustande zu bringen, das alle Wünsche befriedigt. (Sehr richtig.)

Abg. Cassel (Wt.): Der Resolution der Kommission gegen die direkte Besteuerung durch das Reich können wir nicht zustimmen, dagegen sind wir für eine Abgrenzung der direkten Besteuerung im Reich und in den Einzelstaaten. Die hauptamtlichen Veranlagungskommissionen wären sehr wünschenswert auch im Interesse des Staates selbst. (Sehr richtig! links.) In allen Fällen, wo die hauptamtliche Veranlagungskommission angelegt sind, hat sich sofort eine Erhöhung der Einkommensteuer ergeben. (Hört, hört links.) Durch eine richtige Steuererhöhung könnte mindestens die Hälfte der Summe, die hier aufgebracht werden soll, schon bei der jetzigen Steuerhöhen für den Staat herbeigeholt werden. (Hört, hört links.) Den Antrag Braun können auch wir nicht verteidigen; da stimmt ich dem Minister ganz zu. Dennoch werden wir für die Resolution Braun stimmen. Als Ergänzung wünschen wir die Aufhebung des 23 des Einkommensteuergesetzes, verlangen, der die Arbeitgeber verpflichtet, das Einkommen ihrer Angestellten anzugeben. (Sehr richtig! links.)

Finanzminister v. Saxe betont gegenüber einer Anfrage des Wortredners, daß an den bisherigen Verhältnissen durch die Erhöhung der Steuerzuschläge nichts geändert werde.

Abg. Hirsch (Soz.):

Wenn es zur Deckung des vorhandenen Defizits nur die beiden Möglichkeiten gäbe, eine neue Defizitalleihe aufzunehmen oder die Steuerzuschläge zu erhöhen, so würden wir den Weg der Steuerzuschläge der Defizitalleihe vorziehen. Es fragt sich aber, ob es nicht noch einen dritten Weg gibt, um das Defizit zu decken. In der Kommission ist er auch bereits angedeutet worden. Es können durch Erhöhung gewisser Einkommen und noch die Millionen gewonnen werden. Dabei denkt man an die Steuern, die bezüglich der Förderung der Jugendberufshilfe in Wirtschaften durch die Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendorganisation, trotz des Burgfriedens, dienen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Ferner an die bekämpften Ausgaben für

Wohlfahrtsarbeiten im Interesse der Polizei, an die Kampfpfortionen gegen die baltische und polnische Bevölkerung. Solange solche Postitionen nicht aus dem Etat getrieben sind, wird es sich eine Karte, die auf dem Boden

der Gleichberechtigung aller Staatsbürger

steht, doppelt und dreifach überlegen müssen, ob sie neuen Steuern ihre Zustimmung geben kann. Im übrigen haben wir keine Veranlassung, bereits im gegenwärtigen Zeitpunkt der Verhandlungen unsere endgültige Stellungnahme zur Vorlage festzulassen. Wir hätten es lieber gesehen, wenn die Regierung bereits jetzt an die Arbeit gemacht und einen ordnenden Reformplan der staatlichen Steuererhebungen wie des Kommunalabgabengesetzes gebracht hätte. Wir geben zu, daß die Verhältnisse noch nicht so durchsichtig sind, um vollständig übersehen zu können, wie sich die Finanzen nach dem Kriege gestalten. Aber ist es begründet, wenn die Finanzminister vorläufig auf eine kurze Vorberufung warten? Wenn wir eine wirkliche Reform vorgelegt bekommen hätten, wäre es zweifellos möglich gewesen.

Die Ministermitteln mehr als bisher von der Steuerpflicht zu entlasten,

und vor allem den Gemeinden Mittel und Wege an die Hand zu geben, damit sie die Aufgaben besser erfüllen können, die ihnen bereits vor dem Kriege bevorstanden und die sie während des Krieges in noch weit höherem Maße zu lösen gezwungen gewesen sind. Aufgeben, durch die sie ganz erheblich finanziell belastet werden. Es ist bringend notwendig, daß unmittelbar nach Beendigung des Krieges eine Novelle zum Kommunalabgabengesetz dem Landtag unterbreitet wird. (Sehr richtig!)

— Darüber, daß die neuen Steuerzuschläge nur auf ein Jahr bewilligt werden sollen, hat in der Kommission nicht die geringste Erwähnung gemacht. Die Einkommen unter 6500 M. von den neuen Steuerzuschlägen freizulassen, kam der Minister mit einem Argument, daß, wenn Worte einen Sinn haben, nur bedeuten konnte, wir hätten den Antrag nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus antihistorischen Gründen gestellt. Ich hätte geglaubt, daß wenigstens in dieser Zeit, in der wir leben, die sie ganz erheblich Regierungstätigkeit betriebe, Anträge gegen uns nicht erfolgen könnten. Selbstverständlich haben wir das Recht, zu jeder Vorlage der Regierung Änderungsanträge einzubringen, das werden wir uns niemals nehmen lassen. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Schluß ist unser Antrag vollst. begründet. Sein finanzieller Gehalt liegt bei der Bestimmung keine Mark. Der Minister hat selbst ausgedrückt, daß die neuen Zuschläge für die Einkommen bis 6500 M. noch nicht einmal zwei Millionen einbringen. Im übrigen haben wir auch den Weg angegeben, wie der Ausfall wieder eingebracht werden kann, nämlich das durch, daß mit der Progression nicht ganz gemacht wird bei den Einkommen von 100 000 M. bis 200 000 M. Der Zuschlag bei den Einkommen von 200 000 M. Das sind neun Prozent, und wenn bei 100 000 8 Prozent erhoben werden, so ist 9 Prozent bei 200 000 M. wahrscheinlich zuviel. Die Erhöhung der Zuschläge zur Ergänzungsteuer (Einkommensteuer) auf 75 Prozent, die wir beantragen, ist in der Kommission sogar mit nationaler Überzeugung als eine Erhöhung bezeichnet, gegen die man kaum etwas einwenden könnte.

Der Minister hat von der ersichtlichen Wirkung des Steuerzahls gesprochen. Nun, diese ersichtliche Wirkung bekommt heute schon jeder Staatsbürger in reichlicher Maße zu spüren; wir dürfen doch nicht vergessen, wie hoch die Last der preussischen Staatsbürger mit indirekten Reichsteuern belastet sind. Gerade der jetzige Zeitpunkt ist der denkbar ungeeignetste, um die Kleineren und mittleren Einkommen noch weiter zu belasten. Und gerade vom Standpunkt der Herren aus, die ich fortgesetzt als Freunde des Mittelstandes aufzählen, ist der Widerspruch gegen unseren Antrag begründet. Mit seiner Unterstützung hat die Kommission über die Sache mehr die Sicht zur Steuerhinterziehung zu Tage treten werde, hat der Finanzminister gewissen Kreisen der Besessenen gerade sein schmeicheles Zeugnis ausgesprochen. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Ich halte es auch nicht für denkbar, daß das Herrenhaus in einer Zeit, wo jeder der Herren bringen vermag, in einer längeren Progression, Widerspruch leisten wird. Im Gegenteil, gerade das Herrenhaus müßte sich bereit erklären, dafür zu sorgen, daß die besessenen Kreise entsprechend Opfer bringen. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Minne Wünsche bezüglich der zu erwartenden Reform haben wir in einem Antrag niedergelegt, der selbstverständlich nicht erschöpfend ist. Der Wunsch auf Befreiung der Grenze des steuerfreien Einkommens ist der wichtigste Wunsch. Die Regierung schon im Jahre 1888 die Einkommen bis zu 1200 M. freizulassen wollte, dann ist es angeht, daß der geklunnen Geldwertes wirklich nicht zu viel verlangt, wenn man heute mit der Grenze

auf mindestens 1500 M. hinaufsetzt.

Der Finanzminister meint, es sollte jeder sagen. Wenn er auf diesem Standpunkt steht, dann müßte er logischerweise mit der Steuerpflicht noch weiter hinaufgehen als heute. Natürlich soll jeder sehen, aber doch nur, wenn er dazu imstande ist, und denken nur einem Einkommen unter 1500 M. sind bei den heutigen teuren Lebensverhältnissen nicht in der Lage dazu. Der durch Annahme unseres Antrages entstehende Ausfall von Steuern könnte anderher gedeckt werden durch

eine stärkere Progression bei den hohen Einkommen

und bei den Vermögenden oder aber durch eine gerechtere Verteilung aller Einkommen und Vermögen zur Steuer. Das wird man begehren, wenn man den Landräten die Vermögenssteuer abnimmt und bei der Steuererhebung die Kommissionen im Hauptamt stellt, aber nicht nur in Gegenden mit schwierigen Verhältnissen, sondern ganz allgemein. (Sehr richtig! links.) Eine große Ungerechtigkeit bedeutet der § 23, dessen Aufhebung wir begehren, und durch die die Verhältnisse ungünstig für die Kleineren wird als die übrigen Schichten der Bevölkerung. Für einen neuen Ausbau des Kinderprivilegs sind wir selbstverständlich zu haben. Wenn der Finanzminister gegen den Antrag ins Feld führt, daß dadurch den Kommunen Einnahmequellen verloren würden, so hat er in gewissem Sinne recht. Er vergißt nur, daß wir hinsichtlich der beschriebenen Mittel zum Kommunalabgabengesetz verlangen, und es sollte doch wahrscheinlich nicht allzu schwer sein, den Gemeinden neue Einnahmequellen zu erschließen. Gewiß, der Minister hat mit seinen früheren Vorschlägen wenig Glück gehabt. Das liegt vielleicht daran, weil sie herkömmlich waren und deshalb nicht die Aufmerksamkeit der Abgeordneten hatten. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Öffentlich werden aber die Herren die sich früher den Vorschlägen der Regierung widersetzt haben, durch die Erfahrungen des Krieges davon belehrt, daß es unbedingt notwendig ist, den Gemeinden zu helfen. (Sehr richtig! links.)

Für die Resolutionen, die sich gegen die Erhöhung neuer Einkommen für das Reich durch direkte Besteuerung durch Vermögen oder Einkommen wenden können, ist nicht zu stimmen. Wenn im bayerischen Landtag eine solche Resolution angenommen ist, so beweist das nicht, daß sie gut ist. Wir werden sie genau so wie meine Freunde im bayerischen Landtag ablehnen, denn wir erblicken darin einen erneuten Versuch, das Reich auf dem Weg der indirekten Steuern zu vergrößern. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Herr v. Joffel hat auch seinen Zweifel darüber gelassen, daß die Absicht der Antragsteller ist, Herr v. Joffel hat sich auf einen Artikel meines Referates über das Reich bezogen. Wenn A 116 schreibt: „Indirekte Reichsteuern sind nicht mehr absolut notwendig, sondern nur noch dann, alle indirekten Steuern aufzuheben und durch direkte zu ersetzen, ist eine Utopie“, so ist das die Ansicht eines einzelnen Sozialdemokraten. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Ob mein Referatgenosse Kolb mit dieser Ansicht irgendwelche Projekte machen wird, müssen wir abwarten. Wichtig ist noch niemand von uns, welchen Standpunkt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu den neuen Steuererforderungen einnimmt.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion ist ebenfalls vollständig einmütig darin, daß wir indirekte Steuern entsprechend dem Erfurter Parteiprogramm abzuschaffen haben.

(Sehr richtig! h. d. Soz.) Nicht Aufzählungen einzelner Sozialdemokraten, sondern allein das Programm, auf Grund dessen wir gemacht sind, ist für uns maßgebend. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wir werden uns nicht an der Resolution der Kommission einen Ausbau der direkten Steuern auch durch das Reich, weil wir die direkten Steuern für die einzig und allein gerechten halten. Und das Reich die Möglichkeit hat, die direkten Steuern noch erheblicher auszubauen, wird Ihnen hoffentlich klar werden durch die Anträge, die eine direkte Besteuerung im Reichslande vor dem jetzigen zur Veranschaulichung der Steuererforderungen stellen werden. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Man hat gesagt, durch zu hohe direkte Steuern werde die Akkumulation des Kapitals gehindert und der Unternehmungsgeist dadurch geschwächt. Dieser Grund ist längst durch die Erfahrung widerlegt worden. Man hat auch gesagt: „Do soll denn die Grenze sein, von der ab der Unternehmungsgeist geschwächt wird, wenn die Steuer zu hoch ist? Bei einer Steuer von 100 Prozent würde allerdings niemand mehr ein Interesse daran haben, etwas zu unternehmen, wenn er doch dem Staate alles geben muß.“ Aber daß der Unternehmungsgeist geschwächt wird, behaupte man nicht 1 Prozent Steuern auf dem Akar des Vaterlandes offen soll, glaube ich sicher nicht, noch dazu, wo von diesen 8 Prozent 3 Prozent ausbrüchlich eine Kriegsteuer sind, die die Lasten des Staates mit tragen helfen sollen, die der Krieg uns aufgebürdet hat. Täuschen wir uns darüber nicht: die Resolution der Kommission bedeutet nur, daß

die Lasten des Krieges zum größten Teil wieder auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen.

(Sehr richtig! h. d. Soz.) Einer Hundswall Produzenten zuzuleihen sollen die Kriegler, wenn sie aus den Zeitungen belehren, noch weiter für die notwendigen Lebensmittel unerlässlich hohe Preise zahlen. Das ist der D. auf, den Sie unseren Kriegern abhätten. (Sehr wahr! h. d. Soz.) So müßten die Preisen, und Sie hoffen, Sie zu retten, wenn Sie helfen aber, daß nicht der Wille des preussischen Abgeordnetenhauses in dieser Frage maßgebend sein wird, sondern der Wille der getragenen Bundesräte des Reiches, und wir sind der festen Überzeugung, daß der Reichstag Ihnen einen Stich durch die Fassung machen wird. (Hört, hört! h. d. Soz.)

Abg. v. Kalsch (lon.): Wir hoffen, daß die von dem Wortredner beehrte Resolution von dem Haupte mit großer Mehrheit angenommen wird. Im übrigen brauche ich auf seine Ausführungen nicht weiter einzugehen. Der sachliche Ton seiner Rede wird erreicht als von anderen Ausführenden, die wir von jener Seite in den letzten Tagen gehört haben.

Damit schließt die Debatte. Das Gesetz wird nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen, ebenso die Resolution der Kommission; die Resolution auf Einführung von hauptamtlichen Veranlagungskommissionen gegen die Stimmen der Wortredner.

Die Anträge der Einzelmitglieder werden abgelehnt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr (Anträge, keine Vorlesung).

Abg. Ströbel (Soz.) fragt an, wie es mit seiner Beschwerde über die extreme Wertentwertung stehe.

Vizepräsident Graf Schwerin-Dömitz: Eine Beschwerde über die Wertentwertung ist nach der Geschäftsordnung nicht. Ich werde Ihnen eine schriftliche Antwort erteilen. Schluß 3 1/2 Uhr.

Politische Uebersicht.

Die Reichsbedienstetungstelle.

Berlin, 20. März. (W. T. N.) Am 17. März ist die ministerielle Bedienstetung, die seit Ende des Krieges notwendig ist, in erster Linie das erforderliche Interesse zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu haben, ist eine Reichsstelle für bürokratische Kleidung (Reichsbedienstetungstelle) eingerichtet worden. Von Vorkommen ist der Reichsbedienstetungstelle Reichsbedienstetungstelle, die Dr. Dr. v. Saxe befehligt. Der Reichsbedienstetungstelle ist die Bedienstetung der Reichsbedienstetungstelle und die Sorge für Ersatzstoffe. Die Stelle wird zunächst im Einkommen mit der Reichsbedienstetungstelle zusammengefaßt werden, was von den bedienstetungstellen der bürokratische Bedienstetung freizugehen und der Reichsbedienstetungstelle überlassen werden kann. Sienrich wird zu prüfen und zu bestimmen sein, was weiter an Notstoffen, Geld und Zeitungen im Reich zu greifen und welche Ersatzstoffe zu beschaffen sein werden. Daneben ist der Bedarf zu ermitteln. Nach Bestimmung des Reichsbedienstetungstelle und des Reichsbedienstetungstelle der Reichsbedienstetungstelle wird über die Form der Bedienstetung und der Reichsbedienstetungstelle zu treffen sein. Zur Bedienstetung aller Herren wird der Reichsbedienstetungstelle ein engerer Beitrag von Sachverständigen beigegeben werden.

Reine Papierausfuhr.

An Berlin und anderen Wältern wird bekannt, und auch in Wien, dass die Reichsbedienstetungstelle, die den Kriegsfabriken hätte auf dem Wege über neutrale Staaten große Mengen Papier an das feindliche Ausland geliefert. Die amtlich mitgeteilt wird, ist auf diesen Behauptungen nichts Wahres. Bereits am 23. September vorigen Jahres ist ein Ausfuhrverbot für Zeitungspapier, am 10. November ein Ausfuhrverbot für alle Arten Papier erlassen. Dieser letztere hat heute nur noch in kleinen Mengen in die alliierten Gebiete; eine weitere Ausfuhr nach dem neutralen Ausland findet nicht statt.

Die „Neuorientierung“ der bürgerlichen Frauen.

Wie angekündigt, wurde in Weimar am 18. März von der außerordentlichen Generalversammlung des neu gebildeten Reichsverbandes für Frauenmündigkeit unter Aufspaltung des tagungsmäßigen Beiratsmittels zum allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht die Verwirklichung der mehr rechts orientierten, zum großen Teil aus nationalliberalen Frauen bestehenden deutschen Vereinigung für Frauenmündigkeit beschlossen und am 19. März in der Sitzung der Vereinigung von Göttingen, Halle (Saale), Breslau und Stuttgart sowie der Schlesische Provinzialerläuterer erklärt, dass sie ihre bisherige Forderung des Reichstagswahlrechts für die Frau nicht aufgeben wollen.

falls zu regeln. Die Desinfektion hat ausschließlich durch die städtischen Desinfektoren zu erfolgen. Die Bezugs- sowie Sanitätsbesitzer jeder Art werden daher ersucht, bei vorgeschriebenen Dungen- oder Keimkopfaberufen der Desinfektionsanstalt oder dem Polizeiverwaltungsamt I, Dreypassstr. 6, 2. Etage, Zimmer 102, sofort, gegebenenfalls auch durch Fernsprecher, Mitteilung zu machen, wenn der Kranke die von ihm benutzten Räume infolge Ueberführung in ein Krankenhaus oder in einen anderen Unterfrankraum - Wohnungswechsel - verläßt. Die Desinfektion wird dann von den städtischen Desinfektoren unentgeltlich vorgenommen werden. Sanitätsbesitzer oder Abnehmer sind verpflichtet, wenn der Kranke die Räume verlassen, diesen sich möglicherweise befalligend, wenn durch den Verlassen der Desinfektion eine Uebertragung auf das neue Wohnort der Räume erfolgt.

* **Verfüge zur Bekämpfung der Krätzeplage.** Das bakteriologische Institut im Halle, Freiimfelder Straße 68, beschlößt, im Auftrag des Sanitätsratsministeriums zu untersuchenden Präparat auf seine Wirksamkeit gegen Krätze zu prüfen. Versuche werden im Rahmen der Krätzeplage angeordnet, werden ersucht, mit dem Institut unter Angabe der Größe bei in Betracht kommenden Feldmark in Verbindung zu treten. Die Abgabe des Mittels nebst Anleitung erfolgt kostenlos unter der Bedingung, daß über die erzielten Erfolge ein genauer Bericht eingehend wird.

* **Stadttheater.** Für Donnerstag ist noch einmal die Oper **„Die Fiesche“** von Herrn W. Probs in der Fiesche-Partie angefügt. Neben Schenkel Die Fiesche wird am Freitag zum ersten Male wiederholt. Der Vorverkauf für die beiden Vorstellungen am Sonntag, an welchem nachmittags bei besonders kleinen Preisen Erdmanns Schauspielhauskonzert und abends Richard Wagner's Oper **„Die Meistersinger von Nürnberg“** kommt, ist bereits eröffnet. Als zweite Oper aus dem Hause wird ebenfalls wiederholt Die Fiesche herbeiführt, die neben den Proben von Erdmanns neuem Werk Die ungeschickte Ehe mit den Vorbereitungen zu Hebbels **„Judith“**.

* **Rezeptions-Garten.** Infolge einer schweren Erkrankung der Großherzogin besitzenden Kammermusikantin Frau Professor **Fräulein Anna-Dorothée** wird das für Donnerstag, den 16. März er., angelegte besitzliche Sinfoniekonzert im Gesellschafts-Garten auf den 6. April verlegt. Die Sinfonien werden dazu gelieferte Karten behalten ihre Gültigkeit. In der Zwischenzeit wird am Freitag, den 24. März er., unter Leitung von Kapellmeister Hans Oppenheim ein der besitzlich angeordneten Gesellschafts-Konzerte stattfinden, und zwar unter Mitwirkung des besitzlichen Orchesters unter Leitung von Frau **Anna-Dorothée** am 24. März er., da die jetzigen Konzertleistungen, welche erst kurz vor Beginn des Konzertes eintreffen können, den Saal fast

leer besetzt finden, hat die Direktion den besitzlich angeordneten Sinfonien Besetzung getrieben und einen Teil der Plätze als Stuhlpflege nummeriert und zum Verkauf ausgegeben. Der Eintrittspreis beträgt für den nummerierten Platz 0,40 Mk., für den nichtnummerierten Platz 0,20 Mk. Karten sind im Vorverkauf in den Besitzlichen-Handlungen von **0 1 1 0 n** und **0 2 1 1 0 n** zu haben. Für Anhaber von Dauerkarten wird auf den nummerierten Platz ein Zuschlag von 0,20 Mk. erhoben; Zuschlagkarten werden an Kasse 1 im Zoo (Ziergartenstraße) ausgegeben.

* **Gefunden.** In der Zeit vom 1. bis 15. März 1916 sind bei der Polizei folgende Gegenstände als gefunden abzugeben oder abgegeben worden: 2 Geldtaschen, 5 Geldbörsen mit Inhalt, 1 Eisenkoffer, 2 Ringe mit Steinen, 1 Pelzboa, 1 Tornister mit Pelz, 1 Geldtasche, 2 Geldbörsen, 1 Kasse, 1 goldene Damenuhr, 1 gefüllte Dankschreiben mit Inhalt, 1 Perlenhalskette, 1 Schürze, 1 Leder-Damengeldbeutel mit Inhalt, 2 Fingerringe und mehrere Schlüssel. Die Eigentümer der besitzlichen Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte im Polizeiverwaltungsamt, Dreypassstraße 6, Zimmer 100, geltend zu machen.

* **Wahlresultat.** Bei der am 17. März stattgefundenen Gemeinderatswahl, wurde in der dritten Abteilung der bisherige Vertreter **G e n o s s e** mit 20 Stimmen einstimmig wiedergewählt.

* **Comüne.** Auf der Wahl am Donnerstag, den 23. März, abends 8 Uhr, im Hofhof zum Lindenberg, Kandidat der Arbeiterpartei ist der **Gastwirt Paul G e t t e**.

* **Verkauf.** Gemeinderatswahl. Bei der am 18. März abgehaltenen Gemeinderatswahl wurde in der dritten Klasse der Arbeiter **Rudolf Hartmann** mit 18 von 19 Stimmen gewählt. In der zweiten Klasse wurde der **Gärtner Friedrich Götz** mit 2 Stimmen gewählt. Die erste Klasse wählte den **Schneidemeister Welf.** Es sind im ganzen 20 Stimmen abgegeben worden, davon haben 19 nur einen wählen können, die anderen 4 aber zwei Vertreter. Nach der Wahl fand eine Sitzung statt. Die **Handarbeitslehrerin Frau Heimgart** hatte einen Antrag gestellt auf 10 Mark Gehaltszuschlag. Es wurde beschlossen, der Lehrerin die 10 Mark zu bewilligen. Es wurde von einigen Vertretern versichert, daß sie sich sehr viel Mühe gibt. Der **Vorstand** von Besetzungsleistungen hatte darum ersucht, einen Antragssteller, die Kommunalunterstützung zu zahlen. Die Vertretung konnte dem **Vorstand** nicht nachkommen, weil seine hier nicht angemeldet ist und hier auch keine Wohnung hat. Der **Vertreter Genosse Kotte** hatte den Antrag gestellt, der Frau des **Striegsteiners Richard Franz** die Kommunalunterstützung noch weiter zu zahlen. Die Frau hatte sich hier abgemeldet, weil es ihr nicht möglich war, sich mit ihren Kindern von den 18 Mark Staatsunterstützung ernähren zu können. Sie hat das erteilte Heim aufgesucht, hat

aber ihre Wohnung noch hier. Auf diesem Gebiet ist noch sehr viel Aufklärung zu machen und über diesen Antrag noch einmal verhandelt werden, weil die Vertretung nicht beschlußfähig war.

Aus den Gerichtssälen.

Verurteilt beim Verkauf von Eide. Fünf holländische Burden hatten auf dem Güterbahnhof verschiedene Male Eide gestohlen. Zwei von ihnen sollten aus einem Keller Wein und Fruchtstücke gestohlen haben. Die Diebe der Eide hatten dann bei einem **Wohlfühlhändler** jenseitig Eide verkauft. Das eine Mal war die Frau da und sollte für den **Stück** durchschnittlich 30 Pfennig. Da sie den Preis nicht genau wußte, hat sie den Verkäufer, wiederzukommen, wenn ihr Mann da wäre. In einem zweiten Male war der **Ehemann** selbst anwesend und ließ sich die **Wohlfühlhändler** des Verkäufers vorzeigen. Außerdem ließ er sich fragen, wobei die Eide kamen. Es wurde ihm erwidert, daß er, der Verkäufer, Eide aufkaufe. Der Händler ließ sich dadurch beruhigen und kaufte die Eide zu angemessenen Preisen. Ein **Einkaufsgebot** für Eide belandete damals noch nicht, es ist erst jetzt erlassen worden. Jetzt mußten sich die fünf Burden, die übrigens durch unerwartetes Verschwinden eines **Wohlfühlhändler** begangen hatten, wegen Diebstahls, das **Geheim** aber wegen gewerksmäßiger **Hehleri** verantworten. Der Staatsanwalt beantragte gegen die **Hehleri** eine **Justizhausstrafe** von je einem Jahre, das ist die geringste zulässige Strafe. Das **Gericht** verurteilte einen der Burden, der **zufällig** war, zu 1 Jahr 6 Monaten **Gefängnis**. Die anderen kamen mit geringeren Strafen davon. Das **Geheim** wurde freigesprochen, weil nicht erwiesen sei, daß sie den **Wohlfühlhändler** der Eide kannten.

Jugendliche Straßenräuber. Eine ungläubliche **Freiheit** beugte ein 16jähriges Mädchen aus **Brdig**. Mit ihrer **Freiwilligen** **Stiefschwester** launete es einem 10jährigen Mädchen an, das in **Brdig** **Wald** einführte. Als das Kind auf einem **Straßenrand** auftauchte, wurde es mit geringeren **Strafen** abgesehen. Die **Stiefschwester** drohte dann, das **Kind** wegzunehmen, wenn die **Freiwilligen** nicht die **Wohlfühlhändler** abhielt. Das **Kind** wollte nicht. Die **Freiwilligen** wurde ihr nun **genau** entziehen und das **Kind** durfte weiterfahren. Die beiden **Mädchen** entsetzten sich dann **zufällig**. Sie wurden von einigen **Leuten** beobachtet. Jetzt behauptet die **Freiwilligen**, an dem betreffenden **Tag** überhaupt nicht fortgegangen zu sein. Es ist jedoch eine **polizeiliche** **Vernehmung** vorhanden, in der sie **alles** eingestehen. Sie behaupten, das **Gefängnis** sei ihr in den **Mund** gelegt worden. Es wird festgestellt, daß das **Eingeständnis** der **Ungelesenen** erst erfolgte, als die **Stiefschwester** alles eingestanden hatte. Dem **Mädchen** waren 148 Mark in die **Hand** gefallen. **Beide** der **Freiwilligen** wurde es zu 4 Monaten **Gefängnis** verurteilt.

Walhalla-Theater
Anfang 8⁰⁰ Uhr. 1916
Lesung 2 Tage:
Filmzauber.
Freitag zum 1. Male: „Wie einst im Mai“.

Stadt-Theater Halle
Direktion: Leopold Sachse.
Gerneral 1181.
Donnerstag 23. März 1916
Abd. 8⁰⁰ Uhr. **Verfälschung.**
Donnerstag-Stammkarten gültig.
Hoffmanns Erzählungen.
Phantastisch-romantische Oper
in fünf Akten.
Text von Julius Barbier.
Musik von Jacques Offenbach.
Anfang 7¹⁵ Uhr.
Ende nach 10¹⁵ Uhr.

Sendet abwaschbare Spielkarten
ins Feld. Mit Gold-
eckchen. Spiel 45 Pf.
Dauerwäsche
Herrn- und Damen-
Kl. Berlin 1, Tr.

Stoff-Reste
für alle Zwecke in reichlicher
Auswahl, bietet an.
Franz Königs,
497 Rannischstr. 20/21.

Nur noch 1 Tag!
Astoria-Lichtspielhaus.
Mittwoch, 22. März.
Beginn 4 Uhr:
Die tolle Marista.
Ungarisches Volksdramma
in 3 Akten.
Personen: 5238
Mariska
Gesa, ihr Bräutigam
Alf Wiltcher.
Graf Cerebray
Fr. Jacobsen.
Graf Claky
F. Philipp Beck.
Stoan
Seine Anton Reebier.
Wap
Söhne, Abend-Melting.
Rita Sachetto.

Strickwolle, Lumpen und Metalle
kauft 4268
A. Rein, Königsberg 5.
Tel. 2409.

la. Karbid,
groß- und kleinstückig,
Kilo 0,60 Mk.
Drogerie Kramer,
Mittelwache 9/10.

Kleine Fettheringe,
50 bis 60 Stück Inhalt in einem
Schächtchen in Heringsstunde, ver-
sendet franco per Nachnahme zu
6,85 Mark *1817

Fr. Hause, Dessau.
Der Schrebergarten.
Praktische Ratsschläge zur
Einrichtung und Bewirtschaftung
von Gärtnern, Klein- u.
Hausgärten.
Mit zwei Plänen.
Preis 25 Pf. Porto nach aus-
wärts 5 Pf.

Gemüsebau in Kriegszeiten.
Mit 10 Abbildungen.
Preis 20 Pf. Porto nach aus-
wärts 5 Pf.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Salle a. d. S. März 42/44.

Passage-Theater.
Mittwoch, 22. März.
Beginn 4 Uhr:
.. Ihr bester Schatz ..
Schauspiel in 3 Akten.
Hauptdarsteller:
Oberförster Dieffenbach
Rudolf Dieblich,
Graf Joachim v. Corvin
Herr Jäger.
Grafin v. Corvin, seine Gattin
Frau Berger.
Leutnant Günther v. Corvin,
beider Sohn, Herr Dellus.
Dagmar von Reizen
Frau Carlsen.
Der Viktor von Wachenhausen
Herr Keller, Ep.
Eine, eine alte Magd im Dienste
des Oberförsters, Frau Richard.
Herrn Werten l. d. Haupt-
darsteller.
Regie: Rudolf Dieblich.

Zoologischer Garten.
Freitag den 24. März 1916, abends 8 Uhr:
IV. Gesellschafts-Konzert
des
Stadttheater-Orchesters
(Leitung: Kapellmeister Hans Oppenheim)
unter Mitwirkung der Opernsängerin
Frau Dina Mahlendorff,
Mitglied des Stadttheaters. 5285

Vortragsfolge:
1. Suite d-dur Bach.
2. Serenade Haydn.
3. Rezitativ u. Arie
a) Die Schöpfung
b) Coriolan Beethoven.
6. Feierlicher Zug
aus Lohengrin
7. Arie: Dich teure
Halle a. Tannbr.

7. Ouverture zu
Tannhäuser . . . Wagner.
8. Kleine Ouverture
a. d. Muskatener.
9. Spanischer
Tanz Moszkowsky.
10. Lieder am Klavier.
11. Wiener Blut,
Walzer Strauss.

Eintrittspreise: Num. Platz 0,60 nicht num. Platz 0,30 M.
Vorverkauf in den Hofmusikalienhandlungen von **Hosha** und
Koch. Für Inhaber von Dauerkarten ab dem nummerierten Platz
0,20 M. Zuschlag. (Karten an Kasse 1 im Zoo).

Jägergasse 1. Oberpollinger Ecke
Er. Ulrichstr.
Täglich:
Grosse Künstler-Konzerte, ausgeführt v. 8 Damen
und 2 Herren.
Erstklassige Streich- und Blasmusik.
Ab heute ganz neues Programm, welches wochentags frei!
4900
Ergebnis ladet ein **Frau Elsa Beth.**

Konzerthaus Vaterland.
Lassenbergstr. 3.
Am Rebeckplatz.
Täglich: **Konzerte.** Anfang 7 Uhr. 4299
Das erstklassige **Damen-Orchester,**
8 Damen. Direktion: **Fr. Roda,** 5 Herren.
Neu! Die Schmitz im Wald. Neu!
Grosse elektr.-musikal. Attraktion.

Verwandte „Kreuz-Pfennig“ Marken
auf Briefen, Karten usw. 4887

Sommerpressen
kann jeder in 10 Tagen gänzlich
betrieblig. Auskunft kostenlos.
Frau Emma Brandenburg-Beck.
Berlin N. 65. 1824

Gute, dauerhafte Schul- u. Tornister
den Verdämlissen entsprechend
preiswert.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung
-Salle a. d. S. März 42/44.

Umtausch bis 1. Mal gestattet.
Konfirmations-Geschenke
größte Auswahl
billigste Preise
5285
Juweller **Tittel**
Schmeerstraße Nr. 12.

Große Auswahl in Glückwunsch-Karten
mit freireligiösen Überschriften
zur Konfirmation
und Jugendweihe.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Salle a. d. S. März 42/44.

Am 21. März 1916 verschied das wirkliche Vorstandsmitglied unserer Gesellschaft,
Herr Direktor Dr. phil. Rudolf Gaertner.
Am 1. Juli 1891 trat er als Mathematiker bei der Gesellschaft ein, wurde später stellvertretender Direktor und vor einem Jahre wirkliches Vorstandsmitglied. Am 1. Juli ds. Js. waren es demnach 25 Jahre geworden, seitdem er in den Diensten der Iduna stand; leider war es ihm nicht mehr vergönnt, diesen Ehrentag zu erleben.
Die Gesellschaft verdankt seinem Wirken und seinen hervorragenden technischen Kenntnissen in erster Linie ihre finanzielle Kraft. Mit seiner ausserordentlichen Befähigung und unermüdeten Arbeitskraft war er ein Vorbild für alle Beamten, für die er mit tiefem Wohlwollen erfüllt war.
Wir betrauern den neuen schweren Verlust und werden dem Entschlafenen dauernd ein dankbares Andenken bewahren.
Halle (Saale), den 21. März 1916.
„Iduna“,
Lebens-, Pensions- u. Leibrenten-Versicherungsgesellschaft a. G.
zu Halle a. d. S.
Der Aufsichtsrat: Emil Steckner. Die Direktion: E. Nord. *1896

